

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Kreisverband Stuttgart
Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart West**

Stuttgart, den 14.01.2009

Protest gegen neue Mobilfunkmasten in Stuttgart – West geht weiter

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie erhalten anbei genaue Informationen über den Stand der Auseinandersetzung aus erster Hand. Dieser aktuellen Auseinandersetzung kommt besondere Bedeutung zu, weil alle Beteiligten diesen Mast nicht wollen, dieses Thema Teil des Kommunalwahlkampfes werden wird und auch der BUND den mobilfunkkritischen Protest unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Pfeifer (BUND, Kreisverband Stuttgart)
Peter Hensinger (Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart West)

Rückfragen und Kontakt: Peter Hensinger, Tel. 63 81 08, phensinger@online.de

Gemeinsame Presseerklärung

des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Kreisverband Stuttgart und der Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart West

Protest gegen Mobilfunkmasten Rötestraße (Stuttgart West) verbreitert sich/ Stadt legt Revision gegen Urteil ein / Hausbesitzer kündigt Vertrag

Der geplante Mobilfunkmast des Betreibers Telekom in der Rötestraße, 200 Meter entfernt vom Masten in der Bismarckstraße, würde die jetzt schon hohe Strahlenbelastung vervielfachen. Auf einer Beratung am Mittwoch, 14.1.2008 sprachen sich die Anwesenden vehement gegen den Bau aus. Dabei bekommen die Anwohner von vielen Seiten Hilfe.

Die **Stadt Stuttgart** legt nun Revision gegen das Verwaltungsgerichtsurteil ein, das den Bau des Masten genehmigte. Das teilte Bürgermeister Hahn der Bürgerinitiative mit.

Der **Besitzer des Hauses** Rötestraße 34 hat den Vertrag mit dem Mobilfunkbetreiber gekündigt. Bei Vertragsabschluss vor 2 Jahren war er sich über die Konsequenzen nicht im Klaren. Der Vertreter des Mobilfunkbetreibers ging nicht auf die in der Diskussion stehenden Gesundheitsgefährdungen ein. Nachdem er (der Hausbesitzer Herr S.) sich in die Materie eingearbeitet hat, will er diesen Masten nicht mehr.

„Wenn nicht einmal die deutschen und europäischen Versicherungsgesellschaften die Mobilfunkbetreiber versichern, weil sie Folgeschäden fürchten, kann ich die Verantwortung und Haftung nicht übernehmen“, so Herr S. im Gespräch. „Die Stadt will keinen Masten neben Kindergärten, die Mobilfunkbetreiber haben sich freiwillig auch zu Sicherheitsabständen verpflichtet, aber mein Haus steht neben zwei Kindergärten, warum soll ich dieses Risiko tragen? Eine solches Risiko einzugehen, zumal Langzeitauswirkungen auf Kinder noch unerforscht sind, ist für mich unzumutbar“, so Herr S. weiter.

Der **Besitzer des Nachbarhauses**, der mit der Materie vertraute Dipl.Ingenieur R., war geschockt und legte bei der Stadt Widerspruch ein, auch weil nicht einmal Mindestabstände gewahrt bleiben. In einem Brief an die Stadt Stuttgart schreibt er zu der drohenden Zwangsbestrahlung:

„Die dichte Bebauung legt nahe, dass dies kein geeigneter Standort für eine Mikrowellenstrahlungsquelle ist. Unser Haus würde für mich durch diese Anlage unbewohnbar aus Gründen des vorsorgenden Gesundheitsschutzes und massiv wertgemindert. Aus ersteren Gründen benutze ich auch selbst kein Handy und vermeide ebenso WLAN und DECT-Telefonnutzung... Entsprechend meinem ökologischen Gesamtkonzept (bei Renovierungen...) habe ich in den letzten ca. 10 Jahren nur an

Menschen vermietet, die sich vertraglich verpflichtet haben, hausintern auf Elektrosmogquellen wie Festnetztelefone nach dem DECT-Standard und WLAN zu verzichten. Meine netten Mieter... würden mir wahrscheinlich nach der Installation des Sendemastes kündigen und wegziehen.“ (Brief v. 30.12.2008 an Bürgermeister Hahn)

Gerhard Pfeifer vom BUND – Stuttgart unterstützt die Bürgerinitiative. Der BUND fordert den sofortigen Ausbaustopp für Masten in Stuttgart, den Rückbau von Masten in sensiblen Bereichen und eine umweltverträgliche Planung: „*Der BUND hält diese Technologie für gesundheitsgefährdend, ein weiterer Ausbau treibt die Strahlenbelastung, die in S-West gemessen wurde, unverantwortlich in die Höhe. Der BUND fordert eine Belastungsgrenze von $1 \mu\text{Watt}/\text{m}^2$, im Westen liegen die Werte jetzt schon tausendfach darüber. Diese Belastung ist nach wissenschaftlichen Erkenntnissen besonders für Kinder eine große Gefährdung,*“ so Gerhard Pfeifer.

Peter Hensinger von der Bürgerinitiative stellt erfreut fest: „*Unsere Aufklärungsarbeit zum Schutz vor der Strahlenbelastung trägt Früchte. Wir haben jetzt die spannende Situation, dass niemand diesen Masten will, er ist politisch nicht durchsetzbar. Die UMTS-Technologie hat sich in Forschungen als zehnmal krebserregender als die übliche GSM-Strahlung herausgestellt. Wir bekräftigen deshalb unsere Forderung an die Stadt, ihre Verantwortung für die Gesundheitsvorsorge wahrzunehmen und gegen den Antennenwildwuchs eine Netzplanung durchzusetzen, mit der eine Strahlenminimierung und Gesundheitsvorsorge erreicht werden kann. Es dreht sich nicht nur um einen Masten, sondern um generelle Lösungen. Sicherheitsabstände von 400 Metern zu Kindergärten und Schulen müssen ausnahmslos eingehalten werden.*“

Mit Infos und Bannern an den Hauswänden wird der Protest jetzt öffentlich gemacht.

Kontakt: Peter Hensinger, Tel. 63 81 08, phensinger@online.de

Falls Sie reprofähiges Bildmaterial brauchen, z.B. von Bannern an den Häusern in S-West, können diese per Mail zugeschickt bekommen.